

Linkes Forum in der MittelfrankenSPD und Jusos Mittelfranken - Seminar
„Nein zur neoliberalen Krisenpolitik – Wege in ein solidarisches und demokratisches Europa“
 Samstag 10.11.12, Erlangen

Helmut Pfister

„Neoliberale Politik – „EURO-Krise“ und Politik der EU“

Einführung zur Arbeitsgruppe 2 „Ökonomische Analyse und soziale Folgen“

1. Lang ist der Weg in die Krise....

Wichtigster Ausgangspunkt: Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte – politisch gewollt und durchgesetzt (ab 1974, Ende von Bretton Woods, Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen u.a.m.), weitergeführt in nationalen Politiken (Thatcher, Reagan, Schmidt, Kohl, Schröder, Merkel) und EU (Maastricht-Kriterien, Stabilitätspakt, Fiskalpakt)

Hintergrund: Neoliberale „Theologie“: Trias Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung.

- Oberstes **Ziel:** Geldwertstabilität, „Wettbewerbsfähigkeit“ und „weniger Staat“
- **Ergebnis:**
 - **Umverteilung** Löhne und Sozialleistungen runter, Geldvermögen rauf → sinkende Binnennachfrage, anschwellendes anlagesuchendes Kapital, in internationale Finanzmärkte statt in produktive, gesellschaftlich notwendige Investitionen (→ im Finanzsektor Renditen weit über den realwirtschaftlichen Zuwachsraten!), → Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut,
 - **Privatisierung der Altersversorgung** → weitere Mrd. in den Finanzsektor
 - **aggressive Exportpolitik** → Handelsungleichgewichte

Profiteure: Geld- und Vermögensbesitzer, Banken, (v.a. deutsches) Kapital.

Siegeszug des Neoliberalismus praktisch **ohne Widerstand der Sozialdemokratie**, im Gegenteil.....

2.....aus heiterem Himmel? – Trotzdem: Da ging doch was.....

Im Schock der **Finanzmarktkrise '08/'09**

- erfolgreiche **keynesianische Notmaßnahmen der Staaten**, gegen alle bisherigen „Dogmen“, unter Inkaufnahme **steigender Staatsverschuldung**
- **Lippenbekenntnisse** zu grundlegenden Reformen und Re-Regulierungen der Finanzmärkte

Zwischenergebnis: **Crash verhindert, Banken gerettet, Staaten verschuldet - die Kosten tragen ganz überwiegend die Bürgerinnen und Bürgern**

3.aber nicht lange: Nichts dazugelernt.....

Geschehen seither, außer der Bankenrettung (mit dreistelligen Mrd.-Beträgen) **nahezu nichts**:

- Kaum, nur halbherzige Bankenregulierung und Maßnahmen gegen Finanzspekulation
- Strammstehen vor den Ratingagenturen (nach wie vor sogar in Gesetzen verankert!)
- Kosten- und Lastenabwälzung auf Bürgerinnen und Bürger über Staatshaushalte und nationale Politik
- keine nennenswerte Beteiligung der Profiteure der Krise

Ab 2010: **Finanzspekulation und des Neoliberalismus sind zurück!**

4.die Arznei schadet , Dosis erhöhen

Rezept für (GR etc-)Krise: erzwungene **brutale neoliberale „Spar“politik**, d.h. vor allem durch Lohnkürzung, Sozialabbau und Privatisierung rentabler Unternehmen und Anlagen, unter erpresserischem Druck durchgesetzt mit Hilfe von EZB, IWF – dasselbe Rezept, das Finanzmarktkrise letztlich verursacht hat (s.o.), aber mit Erhöhung der Dosis → **Fiskalpakt**

Ergebnis: GR, P, E, I in der „**Todesspirale**“ – **Gesamt-EU** immer tiefer in die **Rezession**

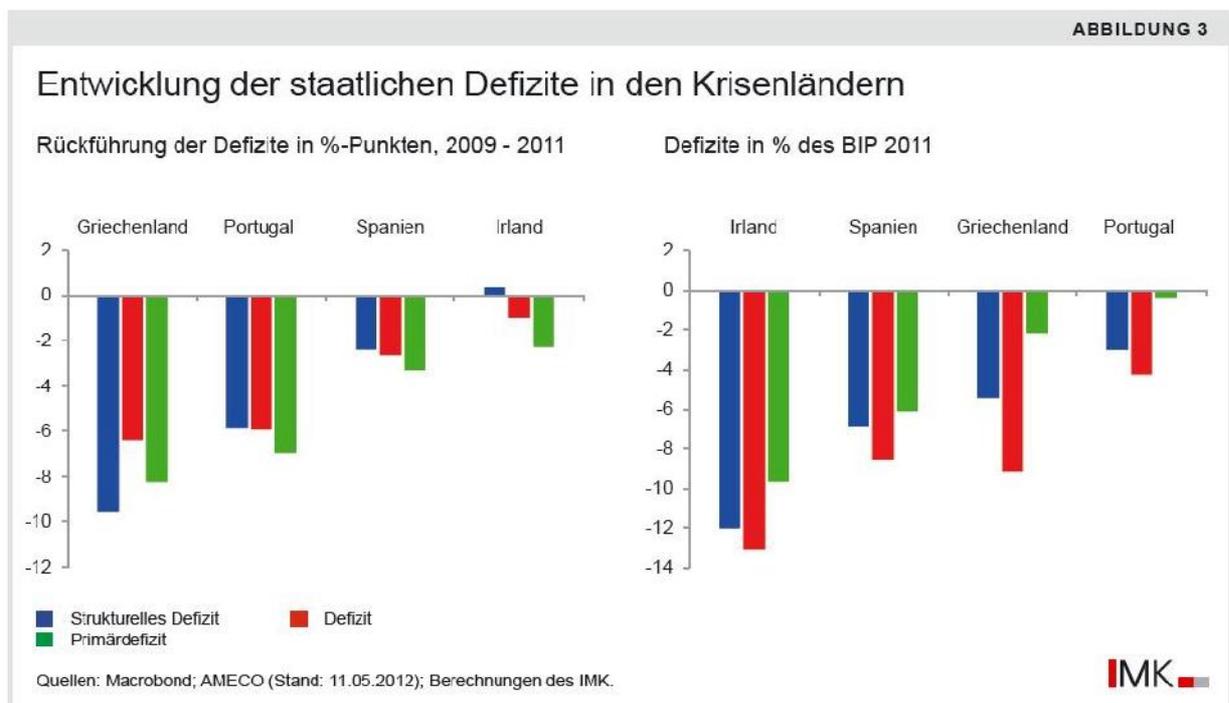
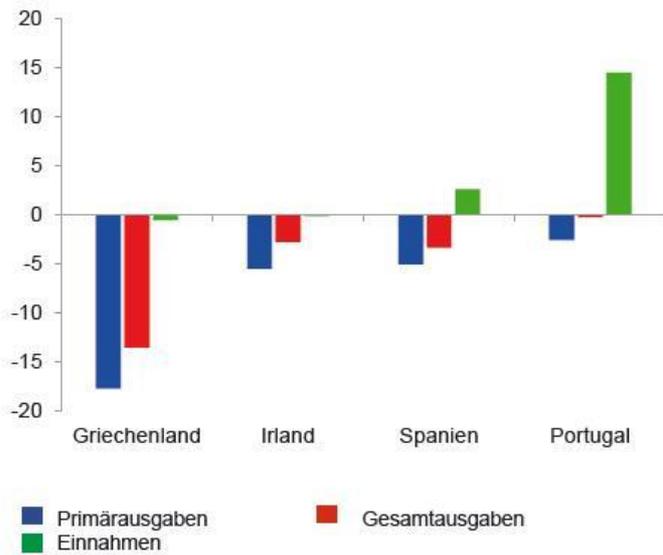


ABBILDUNG 4

Prozentuale Veränderung der Einnahmen und Ausgaben, 2009 - 2011

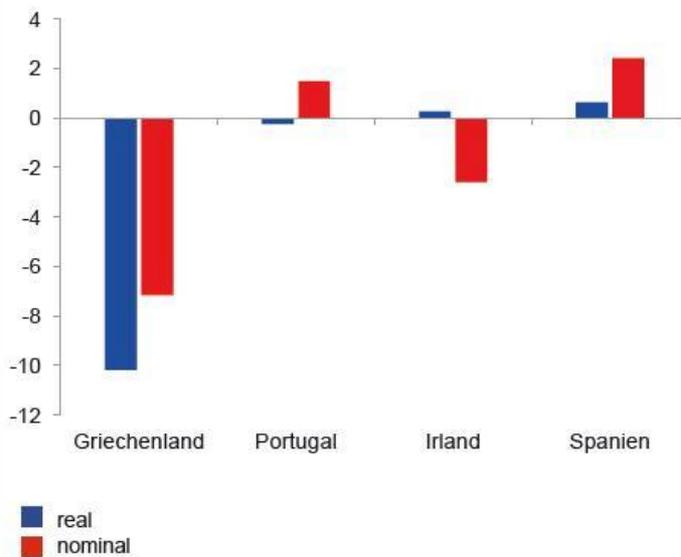


Quellen: Macrobond; AMECO (Stand: 11.05.2012);
Berechnungen des IMK.



ABBILDUNG 5

Prozentuale Veränderung des realen und des nominalen BIP, 2009 - 2011



Quellen: Macrobond; AMECO (Stand: 11.05.2012);
Berechnungen des IMK.



TABELLE 2

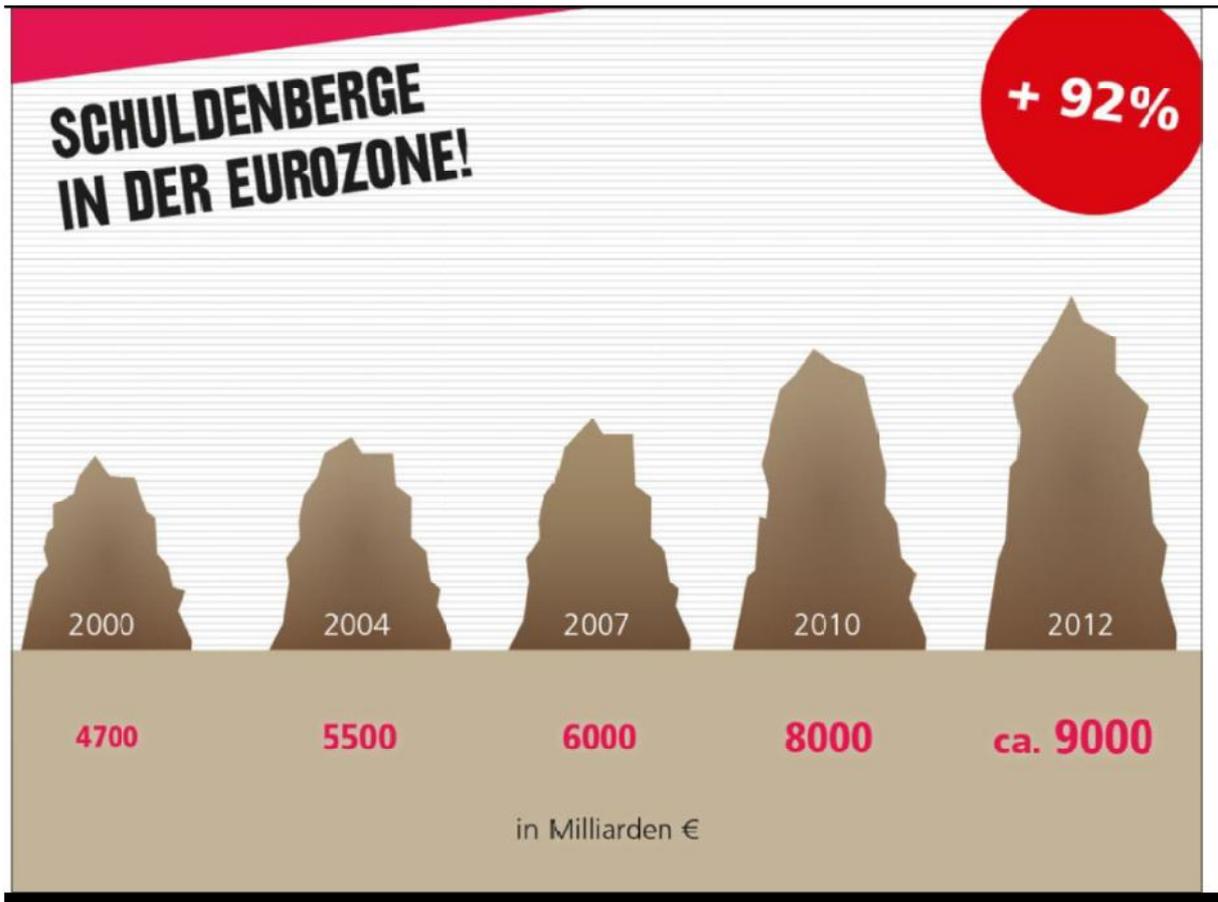
Prozentuale Veränderung der Komponenten des realen BIP, 2009-2011

	Griechenland	Portugal	Irland	Spanien
Exporte	3,9	16,8	10,7	23,7
Importe	-14,8	-0,4	2,0	8,7
Privater Konsum	-10,5	-1,9	-3,6	0,6
Öffentlicher Konsum	-15,6	-3,0	-6,7	-2,0
Private Investitionen ¹	-28,6	-14,8	-39,4	-4,7
Öffentliche Investitionen ¹	-53,3	-16,6	-14,6	-39,1

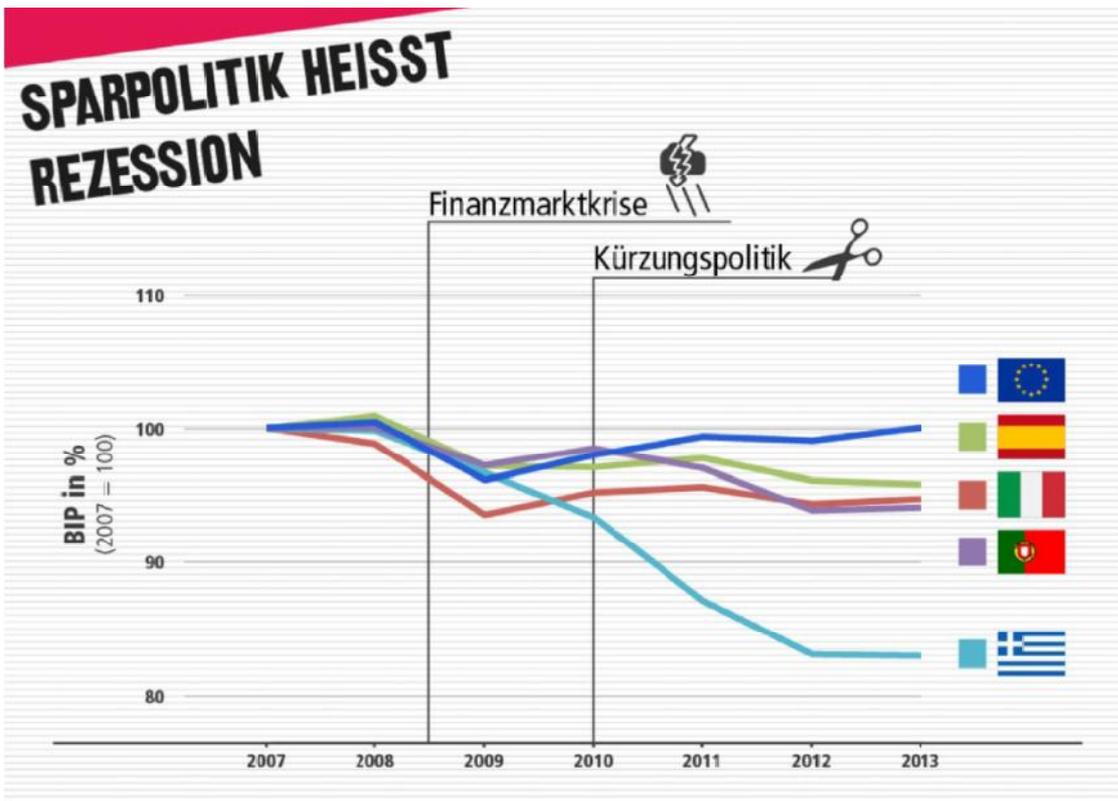
¹ AMECO veröffentlicht die öffentlichen und privaten Investitionen nur ohne Preisbereinigung. Die hier vorgenommene Deflationierung der beiden Größen erfolgt deswegen über den Deflator der Gesamtinvestitionen.

Quelle: Macrobond (AMECO, Stand: 11.05.2012);
Berechnungen des IMK.

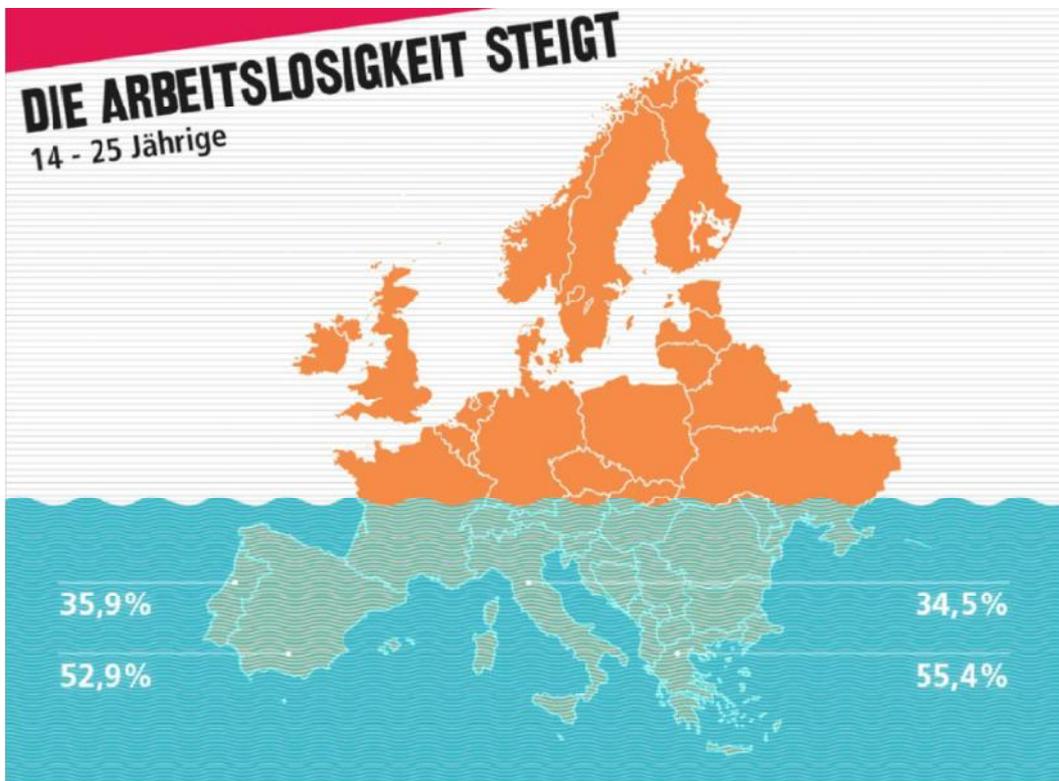
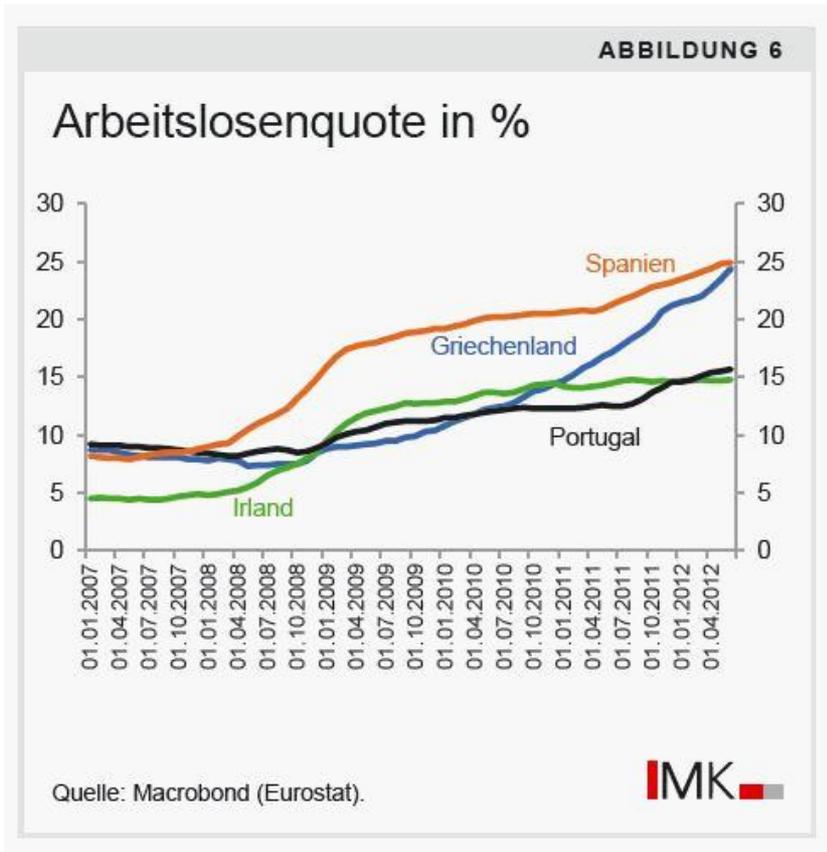




Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012

Alle historische Erfahrung aber lehrt: Aus der Krise kann man sich nicht heraussparen, man muss herauswachsen!

5.und desinformieren!

- Mystifizierung „Die Märkte“ – als ob es keine Akteure und Verantwortliche gäbe
- „**Staatsverschuldungskrise**“ statt Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise
- „**Schuldenkrise**“ statt **Marktversagen und daraus notwendiger Staatsintervention**
Tatsache ist: „Unser“ **Exportüberschuss = Handelsbilanzdefizit** GR etc. und **Krisenlasten** → steigende **Kreditaufnahme** der Defizitländer → steigende **Staatsverschuldung** dort, steigende Zinseinnahmen bei „unseren“ Banken → Abwertung durch **Rating-agenturen** → angeheizte **Spekulation** und höhere **Zinsen** auf den Kapitalmärkten → **weiter steigende Staatsverschuldung + Devisenspekulation** gegen den EURO → „**EURO-Krise**“ - **Steigende Zinsen für die Refinanzierungen der Staatsschulden**, angeheizt durch die **Ratingagenturen**)
- kein Wort von den **Krisen-Profiteuren** und von den Machenschaften der **Börsen- und Devisen-Spekulanten** und ihrer Helfershelfer in den Ratingagenturen,
- **von wegen „Transferunion“** → Banken und Geld- und Vermögensbesitzer verdienen an GR-Krise und Handelsungleichgewichten
- **deutsch-nationaler Populismus** von FDP und CSU

6. Kritik (insbesondere) der (deutschen) EU-Politik

(s. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik „Memorandum 2012“ -EuroMemo Gruppe °EuroMemo 2012“)

6.1 D zwischen Stagnation und Rezession

Wachstumsstärke D 2010/11 ohne die nationalen wie internationalen Konjunkturprogramme undenkbar

Exportorientierung 2000-11 Warenexport D rd +78%, (2011: 1,06 Bio €), BIP +13%,

Exportüberschuss → **gleich große Defizite anderer Staaten, wirtschaftliche Ungleichgewichte**, Staaten mit Importüberschüssen bei Exportüberschussländern verschuldet (2010 Auslandsforderungen der dt.Banken 960 Mrd € netto)

Kompensation der außenwirtschaftlichen Impulse möglich nur mit **Stärkung der Binnennachfrage**

Aber: stattdessen Kürzungspakete, euphemistisch als „Sparpakete“ bezeichnet



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012

Entwicklung der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen
in Deutschland seit 2000

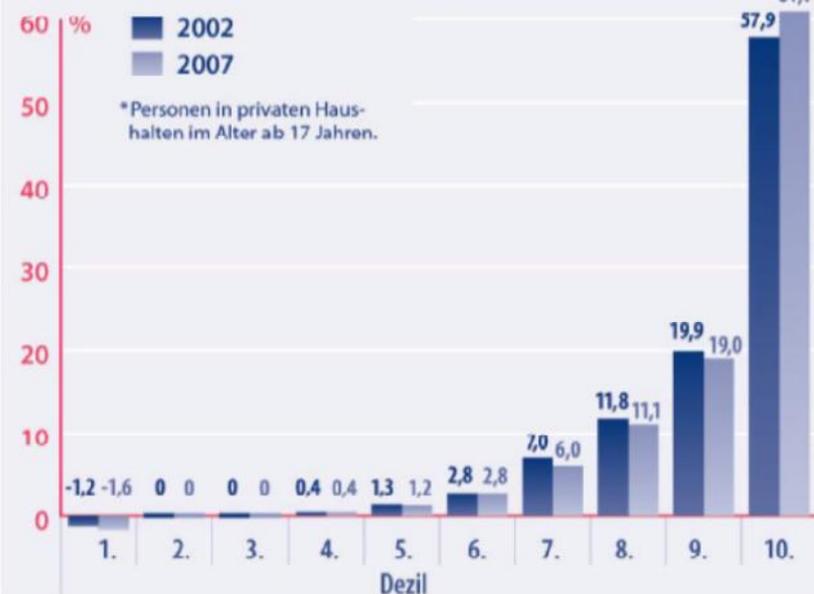


Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

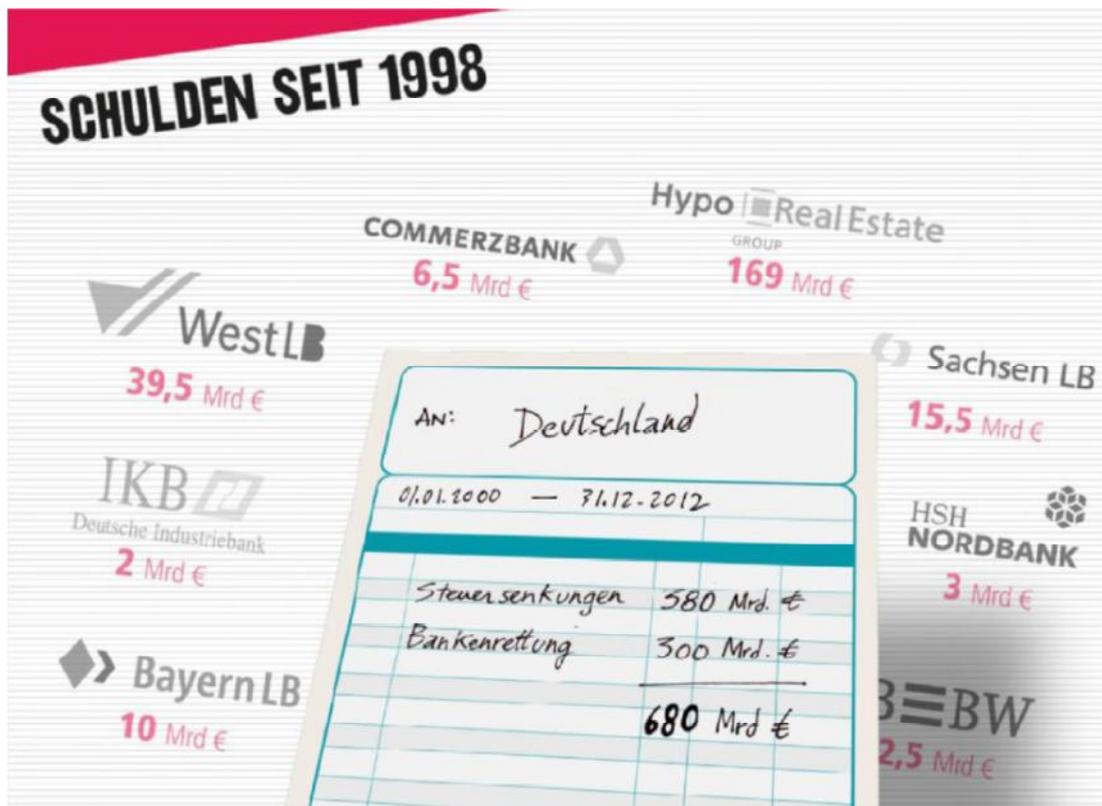
Individuelles* Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012



Aus: „Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit“, GPA - djp – UNIA – Ver.di, 2012

Diese deutsche Wirtschaftspolitik als **Vorbild für die gesamte EU**, D als größte EU-Volkswirtschaft **mit weiter schwacher Lohnentwicklung** (Schlusslicht im Lohnstückkosten-Anstieg) bei weiterer Exportorientierung ↘ **Länder mit Leistungsbilanzdefiziten** (GR, P, E, I und F) **dauerhaft unfähig Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern**
→ **schlägt zurück auf exportorientierte Wirtschaft D**

6.2 Finanzmärkte und ungelöstes Eurochaos

Neoliberale Wirtschaftspolitik, verstärkt durch eine starke **Deregulierung der Finanzmärkte**, nach der Krise kaum geändert

Nur **kleinere Reparaturen** zur Stabilisierung des Vorkrisensystem:

EU-Banken: Abschreibungen auf Staatsanleihen der Krisenstaaten durch Erhöhung der Kernkapitalquote auf 9% → Kapitalbedarf von über 100 Mrd € → **erneut öffentliche Finanzhilfen** für einige Banken, ohne Stabilisierung der Märkte.

Politik unfähig → entfesselte Finanzmärkte und die Ratingagenturen treiben die Politik vor sich her.

↘ **Europa in der größten Integrationskrise seit 1945:**

Überleben des Euro noch unklar, **Krisenmanagement** (erschwert durch Fehlkonstruktion der EU-Verträge) **bisher zögerlich, ohne klare Linie**. Beruhigung der „Märkte“ bestenfalls kurzfristig. Risiko von staatlichen Finanzierungs-krisen und Staatsbankrotten steigt.

Ohne einen tief greifenden Umbau der Finanzmärkte ist auch die aktuelle Eurokrise nicht in den Griff zu bekommen.

Langfristige Strategie erst recht **am Kern des Problems vorbei**: „**Fiskalpakt**“ (massive Verschärfung des Stabilitätspaktes von 1997 (nationale „Schuldenbremsen“ im Euroraum, konjunktur-bereinigtes Staatsdefizit von max. 0,5% BIP pro Jahr), →

zwingt die Eurostaaten zu **hohen Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen** → statt Stabilitätsunion: **Stagnationsunion**.

Problem der Ungleichgewichte im Euroraum damit nicht gelöst

Im Gegenteil: In **Krisenländern** durch das rigorose Spardiktat zurückgehende Wirtschaftsleistung → sinkende Steuern, steigende Schulden, nur geringe Chance auf steigende Wettbewerbsfähigkeit: zwar sinkende Löhne, aber auch zurückgehende Investitionen → schon jetzt Rezession und soziale Katastrophen, z.B. Jugendarbeitslosigkeit E und GR nahezu 50%.

6.3 EU auf dem Weg zur hegemonischen Institution und zum Überwachungsstaat

Verwandlung der EU in hegemonische Institution:

- wirtschaftlich schwächere Staaten von den stärkeren Staaten und den EU-Institutionen entmündigt,
- direkter Angriff auf die Sozialmodelle und Arbeitsnormen in den sog. Peripherieländern.
- nahezu nichts gegen Hauptursache hinter der Krise: die Ungleichgewichte

Änderung des Stabilitätspakts

Grundannahme des Stabilitäts und Wachstumspakts: ausgewogene Wirtschaftsentwicklung durch die Marktkräfte, wenn Defizite der Staatshaushalte beschränkt.

Aber: geringes Wachstum der letzten 10 Jahre von den wachsenden **Ungleichgewichten** abhängig finanziert bis 2008 durch Kapitalzuflüsse - in die Privatwirtschaft (E, IRL), in den öffentlichen Bereich (GR, P)

Finanzkrise 2008 - Rückgang der Ausgaben der Privatwirtschaft - auf der ganzen Welt öffentliche Finanzspritzen in beträchtlicher Höhe **Haushaltsdefizite erforderlich**.

EU-Kommission aber Ende 2009: „Ausstieg“ aus dieser **Haushaltspolitik**, strengere Regeln des Stabilitätspakts und neue Regeln hinsichtlich der Makroökonomie.

Hauptfokus **nicht die Ungleichgewichte** in den Leistungsbilanzen („Koordinierung“), **sondern Überwachung** vor allem der schwachen Mitgliedsstaaten.

Gesetzgebungspaket („Economic Governance“) in der EU:

Im Gegensatz zur ursprünglichen Bedeutung (Europäische Arbeiterbewegung, Jacques Delors): **Aufweichung der sozialen Arbeitsmarkt-Kontrollen, Reduzierung öffentlicher Dienst und Sozialleistungen, Arbeitsmarktreformen, Überprüfung von Lohnvereinbarungen; Dezentralisierung von Tarifverhandlungen; Überprüfung von Indexierungsmechanismen; Anpassung der Löhne im öffentlichen Sektor an die Wettbewerbsfähigkeit; Reform der Arbeitsverträge** (Konzept „Flexicurity“); Erhöhung des **Renteneintrittsalters**; unternehmensfreundliches Umfeld.

Sechs Rechtsakte der Reform des Stabilitäts und Wachstumspaktes (sog. Six Pack, „Fiskalpakt“):

Verschärfung des Stabilitätspaktes mit Verfahren bei „übermäßigen Ungleichgewicht“

- **Der rechtliche Rahmen für die Makroökonomie:** Entmündigung der wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten, Hauptindikatoren zielen auf die Wettbewerbsfähigkeit ab, problematisch nur für die wettbewerbsschwachen und nicht für die wettbewerbsstarken Volkswirtschaften. Zielscheibe: Lohnniveaus und Sozialmodelle der schwächeren Staaten
- **Viele Arten von „Ungleichgewichten“ außerhalb der Reichweite der neuen Verfahren:** Riesige **private Sparvermögen**, zu **geringes Lohnwachstum** verglichen mit der Produktivitätssteigerung; die **Vergütung von Führungskräften** im Finanz- und Unternehmensbereich.

Bündel von verstärkten Verwaltungsverfahren („Europäisches Semester“):

Weder EU-Kommission, noch Programme in D sehen in dem riesigen Handelsbilanzüberschuss irgendwelche Probleme.

Gesamtprozess **konzentriert auf Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktreformen** sowie **angebotsorientierte Maßnahmen, Wachstum** durch „umfangreiche Preis und Kostenanpassungen“ in den schwächeren Volkswirtschaften, mit andere Worten: **durch Deflation.**

„**Gemeinsame Faktoren**“: der ständige **Druck auf restriktive Politik und die sich verschärfende Krise**, ausgelöst durch die gescheiterten EU-GR-Versuche.

6.4 Finanzlobby vereitelt die Reform des Finanzsektors

Profitieren der privaten Finanzunternehmen von den massiven Spekulationen - politischer Kampf **gegen die unmittelbaren Auswirkungen** der Schulden und Bankenkrise, **aber keinerlei umfangreiche Strukturreformen zur Kontrolle des Finanzsystems**

Im Verlauf von 2010 **EU-Reformversuche** (Derivate Markt, Großbanken), aber noch schwächer als in den USA

6.5 Sparpolitik ist das falsche Mittel gegen EU-Krise

Regierungen der EU: **Sparpolitik als Allheilmittel.**

Im Widerspruch dazu **UNCTAD** (Trade and Development Report 2011): expansive statt restriktiver Finanzpolitik, Hinweis auf Phänomen der „**Fallacy of Composition**“ („**Trugschluss der Verallgemeinerung**“, d. h. die Annahme, dass eine Beziehung, die für ein Individuum gültig ist, auch für eine ganze Gruppe von Individuen oder die Allgemeinheit gelten müsse).

Gegenwärtige Krise: Widersprüche der EU-Produktionsstrukturen offengelegt:

Exportorientierter, neomerkantilistischer Kern und **importabhängige Peripherie** mit teilweiser Deindustrialisierung bzw. (in einigen osteuropäischen Ländern) starker Deindustrialisierung durch EU Beitritt

Kluft zwischen Gläubiger und Schuldnerländern, importabhängige Länder finanzieren ihr momentanes Leistungsbilanzdefizit durch eine wachsende Auslandsverschuldung, Banken in neomerkantilistischen Ländern ermöglichen Exporte in die EU-Peripherie durch Kredite.

Diese Arbeitsteilung kann nicht länger aufrechterhalten werden, die **Sparpolitik verstärkt** sie sogar **zusätzlich mit höchst negativen sozialen Folgen**:

- Beschäftigungsrückgang, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Teilzeit und befristeten Arbeitsverträgen sowie zunehmender Ungleichheit und Armut
- Zunahme der Ungleichheiten zwischen den und innerhalb der Länder. Austeritätspolitik verstärkt diese Unterschiede bei Vermögen und Einkommen weiter.

Wirtschafts , Finanz- und Sozialpolitik der EU und die von EU und IWF geforderten Sparpolitiken: wirtschaftlich kontraproduktiv, sozial gefährlich, Nährboden für politische Spannungen und Rechtspopulismus.

7. Fazit

Manche richtige (aber z.T. zu späte) Akutmaßnahmen (Bankenrettung, GFR-Hilfe, EURO-Rettungsschirme, EZB etc.), aber nicht der geringste Ansatz zu einer kausalen Therapie.

Ohne grundlegende Regulierung der Finanzmärkte, koordinierte Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, Beseitigung der Handelsungleichgewichte droht nächste Krise auf erhöhter Stufenleiter!

In Abwandlung eines Wortes von Erich Fried:

WER WILL, DASS EUROPA SO BLEIBT WIE ES IST, DER WILL NICHT, DASS ES BLEIBT!

8. Forderungen und Perspektiven ?